

«Das ist ein rein politisches Urteil der Finma»

Schmolz + Bickenbach Der Stahlriese kann nur dank einer Ausnahmegewilligung gerettet werden. Laut Aktienrechtler Peter V. Kunz ist das rechtlich nicht zu begründen und geht auf Kosten der Kleinaktionäre.

Arthur Rutishauser

Die Finanzmarktaufsicht (Finma) hat Amag-Besitzer Martin Haefner Anfang Woche erlaubt, den Stahlriesen Schmolz + Bickenbach nach seinem Gutdünken zu sanieren. Haefner kann dank einer Ausnahmeregelung 37,5 Prozent der Aktien übernehmen, ohne den Minderheitsaktionären ein Übernahmeangebot zu machen.

Herr Kunz, die Finma kippte nicht nur den Entscheid der Vorinstanz, sondern diskreditierte sie in der



Peter V. Kunz
Der 54-Jährige ist Professor für Wirtschaftsrecht und für Rechtsvergleichung an der Universität Bern.

Begründung förmlich. Warum? Wahrscheinlich ist die Kritik so harsch, weil man einen Beschluss der Übernahmekommission (UEK) innert 5 Tagen umgestossen hat, was eigentlich nicht seriös ist. Eine fundierte Begründung kann man in dieser Zeit nicht liefern. Das geht nur, wenn man den Vorentscheid als fundamental falsch darstellt.

Ist er das denn?

Nein. Der Entscheid der Übernahmekommission wird von der Finma zu Unrecht kritisiert. In Wahrheit ist das ein rein politisches Urteil der Finma. Es gibt kein stichhaltiges rechtliches Argument.

Immerhin sagt die Finma, Haefner müsse bis in fünf Jahren die Beteiligung unter 33 Prozent senken, sonst muss er doch noch ein Übernahmeangebot machen.

So etwas habe ich noch nie gesehen. Da erzählt Haefner in einem Interview mit der «NZZ am Sonntag», dass die Sanierung fünf bis sieben Jahre dauert, und schon gibt man ihm fünf Jahre Zeit, um seine Beteiligung zu reduzieren. Und nicht nur das, man



Eigenmächtig: Harte Kritik an der Finanzmarktaufsicht und deren Direktor Mark Branson. Foto: Peter Klauzner (Keystone)

schreibt grad auch noch in die Verfügung, dass man die Ausnahmefrist bei Bedarf auch verlängern kann. Ich habe noch nie so eine willfähige Verfügung gesehen wie die der Finma. So kann man das Gesetz gleich ausser Kraft setzen.

Die Firma würde ohne rasche Sanierung in Konkurs gehen, sagt Haefner. Hat er recht, dann hätten die Kleinaktionäre auch nichts vom Aktienrecht.

Die Story, die da erzählt wird, überzeugt einfach nicht. Die UEK hat sich nicht davon überzeugen lassen und ich auch nicht. Faktisch hat man das Übernahmerecht ausser Kraft gesetzt und den ganzen Minderheitenschutz aus politischen Gründen den Grossaktionären Haefner und Viktor Vekselberg geopfert.

Na ja, die hätten sonst die Sanierung nicht finanziert. Wie hätten Sie denn den Arbeitern

den Konkurs und damit den Verlust des Arbeitsplatzes erklärt?

Mir kann niemand erzählen, dass die Sanierung gescheitert wäre, nur weil Haefner nicht 37,5 Prozent, sondern nur 33 Prozent der Aktien halten darf. Stellen Sie sich mal vor, da geht es um Hunderte Millionen Franken. Beim Deal mit Vekselberg gab es garantiert einen Plan B für den Fall, dass die Finma Nein sagt.

Haefner sagte, er brauche mehr Stimmrechtsanteile als Vekselberg (er hält 26 Prozent der Aktien) und die frühere Besitzerfamilie (10 Prozent) zusammen, sonst könne er den Konzern nicht führen.

Dann hätte Vekselberg halt auf 23 Prozent gehen müssen. Das wäre doch überhaupt nicht schlimm gewesen.

Aber viel komplizierter als die jetzige Lösung. Die Luzerner

Kantonsregierung und lokale National- und Ständeräte haben sich bei den Bundesräten Guy Parmelin und Ueli Maurer für eine Ausnahme eingesetzt, um die Arbeitsplätze zu retten. Lagen die alle falsch?

Natürlich kann man immer sagen, dass das Gesetz stört. Das hat man auch gesagt, als die UBS über Nacht ihre Kundendaten in die USA geliefert hat. Da sprach man auch von einem einzelnen Notfall, aber danach war das Bankgeheimnis nicht mehr zu halten. Dies ist jetzt wieder so, wenn man jetzt die Ausnahme gewährt, dann wird man bei jeder Sanierung immer wieder dieselben Argumente vorbringen. Faktisch gibt man allen Firmen bei künftigen Sanierungen ein Opting-out, also die Möglichkeit, den Minderheitenschutz zu kippen, und den Grossaktionären die Möglichkeit, um ein Zwangsangebot herumzukommen.

Sie kritisieren die Finma als zu weich, aber von Bankenseite her wird ihr vielfach ein arrogantes, selbsterherrliches Vorgehen vorgeworfen. Ist da etwas dran?

Tatsächlich agierte die Finma eine Zeit lang zu eigenmächtig und masste sich bei der Regulierung Kompetenzen an, als könne sie Gesetze erlassen. Das ging zu weit.

Haben Sie ein Beispiel?

Ja, im Steuerstreit mit den USA hat der damalige Finma-Direktor über einen Gastkommentar in der NZZ die Bank praktisch dazu gezwungen, beim Steuerabkommen mit den USA mitzumachen. Das kostete die Banken Millionen, obwohl bei den meisten kaum ein Steuersünder gefunden wurde. Im aktuellen Fall hat die Finma aber ganz einfach einen Bückling gemacht vor den lokalen Politikern und ihrem Chef, Ueli Maurer.

Vernichtende Kritik an der Vorinstanz

Amag-Besitzer Martin Haefner hat diese Woche von der Finma die Bewilligung erhalten, die Stahlfirma Schmolz + Bickenbach zu sanieren. Haefner bringt dabei bis zu 325 Millionen Franken ein. Aber er hat Bedingungen gestellt: Vor allem will er den übrigen Aktionären kein Übernahmeangebot machen, obwohl er nach der Sanierung 37,5 Prozent der Aktien besitzt und laut Gesetz dazu verpflichtet wäre. Viktor Vekselberg, mit 26 Prozent bisher der grösste Aktionär, hat sich erst dagegen gewehrt, sich dann aber vor 10 Tagen mit Haefner geeinigt. Die Übernahmekommission (UEK, Vorinstanz) hat Haefners Deal gestoppt, ein Entscheid, der von der Finma mit erstaunlich rüden Worten gekippt wurde. Die UEK hatte argumentiert, dass sich Haefner mit 33 Prozent zufriedengeben könnte. Dazu schreibt die Finma: «Die Annahme der Vorinstanz (...) lässt sich auf keine konkreten Indizien stützen und erscheint (...) wenig schlüssig.»

Hätte Haefner eine Übernahmeangebot machen müssen, wäre das auf 390 Millionen Franken gekommen. Die Aktien hätte er zum doppelten Preis des Börsenkurses kaufen müssen. Haefners Anwälte fanden das «absurd», die Finma schreibt: «Der Verweis auf ein früheres Kaufangebot (...) vermag dabei nicht zu überzeugen.» Vekselberg wollte ursprünglich die Schmolz + Bickenbach selber sanieren, dazu schreibt die Finma: «Auch für die weitere (allgemeine) Annahme der Vorinstanz (...) findet sich in den Akten keine hinreichende Grundlage.» Geradezu vernichtend ist die abschliessende Anmerkung der Finma: «Insgesamt ist festzuhalten, dass die Vorbringen der Beschwerdeführer (...) im Wesentlichen überzeugend erscheinen, während sich die Argumentation der Vorinstanz vorwiegend auf wenig fundierte Annahmen stützt.» (ar)

Lonza-Chef postet zum Abgang ein melancholisches Video

Chemie Die wahren Gründe für Marc Funks Rauswurf beim Pharmazulieferer sind bekannt geworden.

Lonza-Chef Marc Funk hat einen Abgang gewählt, so wehmütvoll, wie es vor ihm wohl noch kein Unternehmensleiter in der Schweiz getan hat. Funk hat dazu eigens ein Video produziert: Es zeigt verschneite Berggipfel und die Sonne im Weltraum. Die Bilder stammen von stratosphärischen Ballons, die er zusammen mit seinen Söhnen «aus entlegenen Gebieten der Erde» ins All geschickt habe, schreibt Funk diese Woche dazu. Unterlegt hat er diesen Rundblick von ganz oben mit trauriger Klavier- und Streichermusik. Dazu gibt es Texteinblendungen: «Von bescheidenen Anfängen in unsicheren Zeiten zu einer globalen Macht in der Pharmaherstellung. Von 240 Medikamenten zu 860 Medikamenten, von einem Unternehmen mit einem Wert von 1,8 Milliarden zu einem Unterneh-

men mit einem Wert von 25 Milliarden.» Am Schluss heisst es: «Eine Karriere ist nicht das, was du tust. Es ist das, was du wirst.»

Das Video ist eine Rückschau auf «zehn glückliche Jahre bei Lonza», wie Funk auf der Inter-



Zelebriert seinen Rauswurf bei Lonza: Marc Funk. Foto: Keystone

netplattform LinkedIn erklärt. Sein Abschiedsgruss ist bislang fast 30 000-mal angeklickt worden, was klar über der Zahl von 15 500 Mitarbeitenden liegt. Der 59-Jährige ist noch bis Januar Chef des Konzerns, der Wirkstoffe für die Pharma-, Bio- und Gesundheitsindustrie sowie klassische Chemieprodukte wie Kunstdünger herstellt. Der Jurist hatte sich bis zum CEO vorgearbeitet, bis nach nur neun Monaten im November sein plötzlicher Abtritt angekündigt wurde. Er gehe aus «persönlichen Gründen», so die offizielle Version.

Doch sein abrupter Abgang hat einen handfesten Grund. Der nichts mit der schwerwiegenden Spekulation zu tun hat, die das Wirtschaftsmagazin «Bilanz» kolportiert. «Die Hintergründe für Funks Abgang sind in seiner

Person zu finden, genauer: seiner Führungskultur», heisst es dort. Die «Angstkultur», die sich bei Lonza schon unter dem vorherigen Konzernchef Richard Ridinger etabliert habe, solle sich unter Funk noch verschlimmert haben. Deswegen sei Verwaltungsratspräsident Albert Baehny, der als Anhänger einer mitarbeiterfreundlichen Firmenkultur gelte, eingeschritten und habe Funk geschasst. Das wäre wohl die erste Kündigung eines Konzernchefs in der Schweiz aus Gründen des reinen Arbeitnehmerschutzes. Dem aber ist nicht so.

Funk war zwar ein sehr fordernder und «ziemlich spezieller Charakter», aber nicht unbedingt ein einschüchternder Chef. «Die Zusammenarbeit mit Marc Funk hat sich während meiner ganzen Zeit der Zugehörigkeit

zur Konzernführung äusserst professionell und kollegial gestaltet», sagt dazu ein ehemaliger Lonza-Manager.

«Ungeduldiger Stürmer»

Es ist richtig, dass der Verwaltungsrat Funk kündigte. Ausschlaggebend waren dafür aber geschäftsstrategische Gründe: Es war zum Machtkampf zwischen ihm und dem Verwaltungsrat gekommen. Denn Funk war ein «ungeduldiger Stürmer», wie es aus Konzernkreisen heisst. Er habe das in die Sparte LSI ausgelagerte Chemiegeschäft rasch abstossen wollen. Denn dieses harzt nicht nur, sondern hat auch mit 19 Prozent eine deutlich geringere operative Marge als die gut 33 Prozent der Hightech-Sparte.

Funk verfolgte einen aggressiven Geschäftskurs und wollte

aus Lonza möglichst schnell einen lukrativen reinen Pharmazulieferer machen, wobei ihn auch die Erwartungen der Aktionäre und der um ein Drittel gestiegene Aktienkurs trieben.

Für Baehny dagegen ist das alte Kerngeschäft noch immer wichtig, wie es heisst. Gerade auch, wenn der Konzern derzeit rund eine Milliarde Franken in Vsp investiert, wo einer der grössten Biotechkomplexe der Welt entsteht. Der Verwaltungsrat will das Chemiegeschäft als zweites Standbein zumindest zunächst als Absicherung halten. Ein Verkauf sei nur eine Option unter anderen, so eine Sprecherin. Die Suche nach einem neuen CEO laufe, dafür habe der Konzern einen Headhunter beauftragt.

Isabel Strassheim